

Einführung

Zur Definition der EU sind viele Forscher auf eine einzige und klare Definition gekommen; nämlich, die EU ein Produkt der Nachkriegszeit ist. Dieses Produkt ist kein Staat, sondern eine Organisation. Es umfasst heute 27 Länder. In diesem Sinne nehme ich die Definition von Prof. Dr. Ingeborg Tömmel: „Die EU ist in ihrer heutigen Struktur und Organisationsform im Wesentlichen ein Produkt der Nachkriegsperiode, in der die Schaffung einer Vielzahl von internationalen Organisationen und Kooperation im Interesse einer neuen, friedlicheren Weltordnung auf der Tagesordnung stand“. ¹ Auch Dr. Gerhard Schumann meint, dass die Europäische Union kein Staat ist, sondern eine supranationale Organisation mit eigener Rechtsnatur,² eine Organisation, die derzeit 27 europäische Staaten umfasst. Nach ihm hat sich die Europäische Union in einer Vielfalt von Etappen stufenweise entwickelt und geographisch und inhaltlich erweitert.³ Dr. Werner Weidenfeld glaubt, dass die EU den wirtschaftlichen Aufschwung und politische Stabilität mit den Strukturen des Ausgleichs der Interessen aller Mitglieder verbinden wollte.⁴ „Die EU-Erweiterung ist eine Investition in die Zukunft Europas. Von dieser Investition werden Frieden, Freiheit, Stabilität und Sicherheit erwartet. Sie beschleunigt aber auch das wirtschaftliche Wachstum in der gesamten EU.“⁵ Durch diese Definitionen stelle ich fest, dass es durch die EU und die EU-Erweiterung, den Europäern gelungen ist zu einer Lösung aller Probleme besonders die wirtschaftlichen zu kommen. Hier habe ich mich mit den folgenden Fragen beschäftigt: Wie wurde die EU errichtet? Warum wollten die Europäer ein Bündnis machen? Und welche sind die Etappen der EU-Entwicklung und Erweiterung?

1. Die Entstehungsgeschichte der Europäischen Union

Wenn man die Geschichte Europas studiert, beobachtet man, dass die Geschichte dieses Kontinents voll von Krisen und Schwierigkeiten war. Europa hat mehr Kriegs- als Friedensjahre erlebt (100-jährigen, 30-jährigen und 7-jährigen Krieg.) Frieden war weit entfernt. Es entstand erst bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Die Idee einer europäischen Einigung ist alt, konnte aber sich erst unter dem Druck des Zweiten Weltkrieges vollziehen. Ziel dieser europäischen Vereinigung ist der Wunsch nach Sicherheit, Frieden und Freiheit. Eine europäische Vereinigung signalisiert auch den Wunsch nach wirtschaftlichem Reichtum. Der Zusammenschluss sollte Europa in einer Epoche zu großem wirtschaftlichem Aufschwung führen, und bedeutete auch die Hoffnung eine gemeinsame Macht aufzubauen.⁶ Aber erst nach dem Entsetzen und dem Druck zweier Weltkriege nahmen erst die Europäer den Aufruf ernst. Um die europäische Vereinigung zu realisieren, gründeten Belgien, Deutschland, Luxemburg, Frankreich, Italien und die Niederlande im Jahre 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Der Gründungsvertrag wurde am 18.4.1952 in Paris unterzeichnet. Er trat am 23.7.1952 in Kraft. Die Geschichte dieser Gemeinschaft begann im Jahre 1950 mit dem Schumann-Plan. Zwei Franzosen; Jean

¹ Das politische System der EU, von Univ.- Prof. Dr. Ingeborg Tömmel. 2., völlig überarbeitete Auflage. 2006, R. Oldenbourg Verlag München Wien. Seite 5.

² Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schumann, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag, S3.

³ Ebenda, Seite 3.

⁴ Werner Weidenfeld: Europa Handbuch: Band 1 “Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche“. Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage 2004, Verlag: Bertelsmann Stiftung. Seite 9.

⁵ Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO. Auswirkungen der EU- Erweiterung auf die Wirtschaft Österreichs, Wilfried Pulwein (Koordination). Februar 2002. Verlags- und Herstellungsort: Wien. Seite 02.

⁶ Werner Weidenfeld: Europa Handbuch: Band 1 “Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche“. Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage 2004, Verlag: Bertelsmann Stiftung. Seite 23-24.

Monnet und Robert Schumann schlugen eine gemeinsame Organisation in Frankreich und Deutschland vor, um die Kohle und Stahlindustrie zu kontrollieren. Sie meinten, dass durch diese gemeinsame Organisation Europa wirtschaftlich unabhängig werden würde, besonders mit Blick auf Amerika und die Sowjetische Union. Dieser Plan erlaubte im Jahre 1952 die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Die Zollsteuer der Kohle und Stahl wurde in diesen Ländern abgeschafft. die Gründerstaaten gründeten die EGKS, um einheitliche Machtvoraussetzungen hervorzubringen und ihr die strukturelle Adaptation an die veränderten weltwirtschaftlichen Voraussetzungen zu erleichtern.⁷

Die europäische Vereinigung konzentrierte sich immer weiter auf den Bereich der Wirtschaft. So gab es im Jahre 1955 auf der Konferenz von Messina die Verhandlungen zwischen den sechs Mitgliedstaaten über die Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG und einer Europäischen Atomgemeinschaft EAG. Diese Verträge oder die „Römischen Verträge“ wurden am 25.03.1957 in Rom unterzeichnet. Sie traten am 01.01.1958 in Kraft. Ziel der EAG war: Die Förderung der Bildung und der Entwicklung der Kernindustrie in den Mitgliedstaaten und die Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beizutragen. Ziel der EWG war: Die Schaffung einer einheitlichen Zollunion unter den Mitgliedstaaten. Weitere große Ziele dieses Vertrages waren: eine gemeinsame Agrarpolitik, sowie die Schaffung einer Währungsunion und eines gemeinsamen Marktes, um die Zirkulation von Waren und Personen zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Europäische Gemeinschaft (EG) umbenannt. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Europäische Atomgemeinschaft sowie die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurden in einer Gemeinschaft zusammengeschlossen. Diese Gemeinschaft heißt die Europäische Gemeinschaft EG, der Gründungsvertrag dieser Gemeinschaft wurde im Jahre 1967⁸ in Brüssel unterzeichnet. Er heißt der Fusionsvertrag.

Die drei Gemeinschaften (EWG, EAG, EGKS) konzentrierten sich besonders auf den Bereich der Wirtschaft, d.h. ihr Ziel war die wirtschaftliche Vereinigung. Aber um eine wirkliche europäische Verbindung zu erreichen, sollten sich die Mitgliedstaaten nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zusammenschließen. Sie versuchten stets, eine politische Zusammenarbeit zu erreichen. Im Oktober 1970 einigten sich die Mitgliedstaaten auf eine freiwillige außenpolitische Abstimmung im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit; EPZ⁹. Ziel der EPZ war sich gemeinsam wichtiger um alle wichtigen außenpolitischen Fragen anzunehmen und zum Entwurf der EU zu gelangen. Danach gab es einen Ausschuss unter der Leitung von Altiero Spinelli. Zweck dieses Ausschusses war ein Vertrag zur Gründung der EU und am 14.2.1984 wurde dieser vom Europäischen Parlament mit großer Mehrheit verabschiedet. Im Juni 1984 gab es die Gipfelkonferenz in Fontainbleau, mit den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, die zwei Ausschüsse einsetzten. Die einheitliche europäische Akte wurde am 28.2.1986 von den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten unterzeichnet und trat am 1.7.1987 in Kraft¹⁰. Diese Akte

⁷Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schumann, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag,S3.

⁸“Union Européenne [UE]”. “Microsoft® Encarta® 2007 [DVD]. Microsoft Corporation, 2006.

⁹Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schumann, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag,S3.

¹⁰Vgl. Schülerduden, Politik und Gesellschaft. 5., neue bearbeitete Auflage. Herausgegeben und bearbeitet von der Redaktion Schule und Lernen. In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Hans Boldt, Prof. Dr. Hede Prehl, Prof. Dr. DC. Umbach. Dudenverlag: Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich.

gab der EPZ einen rechtlichen und organisatorischen Rahmen¹¹. Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) stellte einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Europäischen Union (EU) dar. Der Binnenmarkt umfasste einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist. Die EEA definierte erstmals den Begriff Binnenmarkt und löste damit den alten Begriff des gemeinsamen Marktes ab. Dazu enthielt die EEA die nötigen Bestimmungen zur Verwirklichung und Regelung eines solchen Marktes auf Europäischer Ebene¹². In diesem Dokument wird die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992 festgelegt und die Grundlage für gemeinsame Europäische Außenpolitik geschaffen. Nach Nicol Schley sollte die EEA die Verträge reformieren und der Europäischen Integration neuen Auftrieb verleihen.¹³ Der Vertrag über die Europäische Union wurde in Maastricht am 7.2.1992 unterzeichnet, der am 1.11.1993 in Kraft trat. Er gilt als umfassendste Reform seit den römischen Verträgen. Er bereitet die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Unionsbürgerschaft vor. Die verstärkte Zusammenarbeit in der Innen- und Außenpolitik und der Ausbau der Kompetenzen des Europäischen Parlaments werden beschlossen. Die Europäische Union wird als ein Dach über die drei Gemeinschaften gestülpt. Am 2. Oktober 1997 unterzeichneten die EU-Staats- und Regierungschefs den Vertrag von Amsterdam. Er trat am 1. Mai 1999 in Kraft.¹⁴ Dieser Vertrag sollte die Identität der EU stärken.¹⁵ Danach kam der Vertrag von Nizza, der am 11. Dezember 2000 von den EU-Staats und Regierungschefs unterzeichnet wurde und am 1. Februar 2003 in Kraft trat. Er beschäftigte sich mit den Änderungen des Vertrages über die EU und den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Der Vertrag beschäftigte sich primär mit rein institutionellen Änderungen.¹⁶

Die Verfassung der Europäischen Union wurde am 20. Juni 2003 dem Europäischen Rat vom Europäischen Konvent als Entwurf vorgelegt. Dann gab es eine Regierungskonferenz im Rahmen der Tagung des Europäischen Rates von Brüssel, die sich am 19. Juni 2004 auf einen endgültigen Text zur europäischen Verfassung einigte. Die 25 Regierungschefs und Außenminister der EU unterzeichneten am 29. Oktober 2004 den Vertrag über die europäische Verfassung in Rom, in der alle bestehenden Verträge zusammengefasst sind. Um die europäische Identität zu stärken sowie um die Europäische Union demokratischer, effizienter und transparenter zu machen. Ziel der Europäischen Verfassung war auch der Ersatz der alten europäischen Verträge durch einen einzelnen Rechtsakt. In dieser Verfassung, neben vereinfachten Organisationsstrukturen und klar definierten Kompetenzkategorien sind mehr Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, Bürgernähe, Transparenz und direkte Demokratie sowie mehr Mitsprache und Entscheidungsbefugnisse für das EU-Parlament als Vertretung der Bürger, zentrale Elemente¹⁷. Im Oktober einigten sich die EU-Mitgliedstaaten in Lissabon auf den EU-Reformvertrag, der wesentliche Bestimmungen des gescheiterten Verfassungsentwurfes umfasst und die EU-Verfassung ersetzen soll. Am 13. Dezember 2007 wurde der EU-Reformvertrag in Lissabon unterzeichnet. Nach der Ratifizierung

¹¹Vgl. Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schumann, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9. Auflage, Carl Heymansverlag, S4.

¹² http://de.wikipedia.org/wiki/Einheitliche_Europ%C3%A4ische_Akte 15.12.2011. 13^h:19.

¹³Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300Bonn1, Seite 433.

¹⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Amsterdam

¹⁵ <http://www.eufis.de/eu-glossar.html?title=Amsterdamer%20Vertrag>

¹⁶ http://europa.eu/abc/treaties/index_de.htm

¹⁷Dr. Alexandra Elmer, Dr. Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005, S37.

durch die einzelnen EU-Mitgliedstaaten sollte er bis zu den nächsten Europawahlen im Jahr 2009 Gültigkeit erlangen.

2. Die Institutionen der EU

Die Organe der Europäischen Union sind Institutionen, die verbindliche Entscheidungen treffen, um das politische wirtschaftliche und soziale Zusammenleben zu regeln. Die Hauptorgane sind: die Kommission, der Ministerrat, der Europäische Rat, das Parlament, der Europäische Gerichtshof, der Europäische Rechnungshof, die Zentralbank. Nach Tömmel konstituieren die Kommission, Ministerrat, Parlament und Gerichtshof die Kernstruktur des europäischen Entscheidungs- Politikfindungsprozesses. Sie werden in ihrer Zusammensetzung, Organisationsstruktur, Beschlussfassungs- sowie Handlungskompetenz näher betrachtet.¹⁸

Die Europäische Kommission ist der Motor der europäischen Einigungsbemühungen¹⁹. Sie ist die Vertreterin des Gemeinschaftsinteresses, sie ist das mitwirkende Organ der Europäischen Union, sie bewegt die Gemeinschaftspolitik und hütet die Gemeinschaftsverträge. Sie ist das Organ der Vollziehung der Gemeinschaft, d.h. sie ist das exekutive Organ. Seit 2007 hat die Europäische Kommission 27 Kommissarinnen und Kommissare. Die Amtszeit der Kommissionsmitglieder beträgt fünf Jahre. Der Verwaltungsapparat der Kommission liegt in Brüssel. Die Kommissare sind unabhängig und dürfen keine Weisungen aus den Mitgliedstaaten erhalten. Die Europäische Kommission hat das sogenannte exklusive Initiativrecht, d.h. die Kommission kann Vorschläge für Ratsbeschlüsse machen.²⁰

Der Europäische Rat wurde im Jahre 1974 geschaffen, er ist eine intergouvernementale Institution, er ist ein Instrument der Zuordnung und Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten der EU. Der Europäische Rat ist sozusagen die Staatenkammer, er bildet mit dem Europäischen Parlament gemeinsam die Haushaltsbehörde der EU. Der Europäische Rat nimmt im politischen System der EU eine zentrale Position ein, er ist das politische Dachorgan, unter dem die drei Säulen der Union platziert sind und die er so auf oberster Ebene miteinander verknüpft. Als politisches Leitungsorgan der Union diskutieren die Staats- und Regierungschefs hier nur Fragen von größter Bedeutung. Der Europäische Rat gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen für diese Entwicklung fest. Er legt die politischen Leitlinien und Ziele fest. Er besitzt ein Weisungsrecht, d.h. er kann nicht rechtlich verbindliche Beschlüsse fassen, er muss für die Formulierung immer einen Kompromiss finden. Die Treffen des Europäischen Rates finden zumeist in der Mitte und am Ende jeder Amtszeit des Präsidenten des Europäischen Rates statt, denn der Europäische Rat tritt zweimal jährlich zusammen²¹.

Der Ministerrat ist das gesetzgebende (legislative) Organ der Gemeinschaft, er spielt eine wichtige Rolle in der Zuordnung oder Koordination der Arbeit der Staaten und der Gemeinschaft. Er erlaubt der Kommission, die Verträge mit den Staaten zu verhandeln. Der Ministerrat tagt in Brüssel und Luxemburg, die Präsidentschaft wechselt alle sechs Monate zwischen den Mitgliedstaaten. Der

¹⁸Das politische System der EU, von Univ.- Prof. Dr. Ingeborg Tömmel. 2., völlig überarbeitete Auflage. 2006, R. Oldenbourg Verlag München Wien. Seite 58.

¹⁹Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1, Seite 17.

²⁰<http://www.referate10.com/referate/Wirtschaft/2/Wirtschaft-projekt-Europa---Europaischen-Union-reon.php>

²¹<http://www.referate10.com/referate/Wirtschaft/2/Wirtschaft-projekt-Europa---Europaischen-Union-reon.php>

Ministerrat kann Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit treffen. Er besteht aus 27 Ministern. Jedes Mitglied, d.h. jeder Minister vertritt sein Heimatland, in jedem Rat (es gibt Ministerrat der Wirtschaft, Ministerrat der Finanz und Ministerrat der Landwirtschaft...). Bei Mehrheitsentscheidungen, die mit 54 von 76 Stimmen getroffen werden, haben die vier großen Länder je zehn Stimmen, Spanien acht, die Niederlande, Belgien, Griechenland und Portugal je fünf, Dänemark und Irland drei und Luxemburg zwei Stimmen.“²²

Das Europäische Parlament ist eines der fünf Hauptorgane der europäischen Gemeinschaften. Es wird seit 1979, in allgemeinen, freien und geheimen Europawahlen, alle fünf Jahre, direkt gewählt. Sein Sitz ist in Straßburg, die Ausschüsse und Fraktionen bzw. Vereinigungen tagen in Brüssel, wo zudem sechsmal im Jahr kürzere Plenarsitzungen d.h. Vollsitzungen stattfinden. Das Europäische Parlament ist sozusagen die Bürgerkammer der EU, es bildet mit dem Europäischen Rat gemeinsam die Haushaltsbehörde. Vom 10. bis zum 13. September 1952 gab es zum ersten Mal, im Rahmen der EGKS, eine parlamentarische Versammlung die nur beratend tätig werden kann, aber jetzt für alle drei Gemeinschaften zuständig ist. Diese Versammlung gab sich den Namen Europäisches Parlament und nach dem Maastrichter Vertrag konnte das Parlament einen Gesetzentwurf gegen den Willen des Ministerrates verhindern und Untersuchungsausschüsse einsetzen.²³ Das Europäische Parlament teilt sich die Gesetzgebungsfunktion mit dem Rat der Europäischen Union, also nimmt europäische Gesetze an (Richtlinien, Verordnungen, Entscheidungen). Es kann keine eigenen Gesetzvorlagen einbringen. Im Haushaltsverfahren können Parlament und Rat Änderungen beschließen, bei den Einnahmen hat der Rat das letzte Wort bei den Ausgaben das Parlament. Es übt eine Kontrolle über die Europäische Kommission aus. Es muss der Benennung oder Bezeichnung der Kommissionsmitglieder zustimmen. Außerdem übt es über den Rat der Europäischen Union und die Kommission politische Kontrolle aus, wo diese Institutionen exekutive Funktionen inne haben. Insgesamt hat das Europäische Parlament seit seiner Gründung zahlreiche Kompetenzen hinzugewonnen. Es hat als gemeinsamer Gesetzgeber mit dem Rat eine legislative starke Position. Es gibt die Möglichkeit, nichtständige Ausschüsse sowie Untersuchungsausschüsse einzurichten.

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) wurde 1957 durch den EGKS- Vertrag eingerichtet, der Sitz ist in Luxemburg.²⁴ Der EuGH ist mit je einem Richter pro EU-Mitgliedstaat und acht Generalanwälten besetzt. Er ist u.a. zuständig für die Auslegung der Gründungsverträge und das sekundäre Gemeinschaftsrecht (Europarecht).²⁵ Er tagt in Luxemburg. Er kontrolliert die Auslegung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts. Der EuGH schlichtet und befriedet die Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten, zwischen Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft, sowie zwischen Organen der Gemeinschaft.²⁶ Der Gerichtshof legt die Vorschriften obligatorisch fest, im Rahmen der europäischen Gesetzgebung Ziel ist, um die

²²Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1, Seite 78.

²³http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches_Parlament

²⁴Schülerduden, Politik und Gesellschaft. 5., neue bearbeitete Auflage. Herausgegeben und bearbeitet von der Redaktion Schule und Lernen. In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Hans Boldt, Prof. Dr. Hede Prehl, Prof. Dr. DC. Umbach. Dudenverlag: Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich.

²⁵Schülerduden, Politik und Gesellschaft. 5., neue bearbeitete Auflage. Herausgegeben und bearbeitet von der Redaktion Schule und Lernen. In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Hans Boldt, Prof. Dr. Hede Prehl, Prof. Dr. DC. Umbach. Dudenverlag: Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich.

²⁶Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1, Seite 82.

Entscheidungen der nationalen Gerichtshöfe wiederzugeben. Laut Dr. Gerhard Schumann-Hitzler, ist der EuGH seit September 1989 ein Gericht erster Instanz als Tatsacheninstanz für bestimmte Verfahrensarten vorgeschaltet.²⁷ Der EuGH spielt eine wichtige Rolle für die EG, er überprüft die zuvorkommenden Entscheidungen nach rechtsstaatlichen Prinzipien.²⁸

Diese wichtige Haushaltskontrollinstanz wurde durch einen Vertrag aus dem Jahre 1975 errichtet. Er begann erst seine Arbeit am 25. Oktober 1977. Seine Kompetenzen wurden durch die Verträge von Amsterdam und Nizza weiterausgebaut. Er prüft die Rechtmäßigkeit und ordnungsgemäße Verwendung von Einnahmen und Ausgaben der Institutionen der EG. Sein Sitz ist in Luxemburg. Jeder Mitgliedstaat schlägt einen Vertreter für den EuRH vor, der vom Ministerrat nach Anhörung des Parlaments auf sechs Jahre ernannt wird, sie wählen für drei Jahre. Der Generalsekretär, der höchste Beamte des EuRH wird vom Rechnungshof ernannt und mit Verwaltungsaufgaben betraut. Die Mitarbeiter können Prüfbesuche bei anderen EU-Organen vollziehen. Bei seiner Kontrolle der Haushaltsausführung der Kommission wird das Parlament von den Mitgliedern des Rechnungshofes unterstützt.²⁹ Die Mitglieder der EuRH können an den Sitzungen der Ausschüsse des Parlaments, besonders an den zuständigen Ausschüssen teilnehmen.

Die Europäische Zentralbank wurde 1998 durch den Vertrag über die EU gegründet. Ihr Sitz ist in Frankfurt/ Main. Es ist das Herzstück des Europasystems und des europäischen Systems der Zentralbanken. Die EZB verwaltet den Euro, die einheitliche Währung der EU und sorgt für die Preisstabilität, d.h. ihr Ziel ist es die Preisstabilität im Euro- Raum zu gewährleisten. Die EZB ist vor allem verantwortlich für die Gestaltung und Durchführung der Wirtschafts- und Währungspolitik der EU. *Sie unterstützt die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft.*³⁰

3. Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in die EU

Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit enthält die Bereiche der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und Bereiche der Innen- und Justizpolitik. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), wurde mit dem Vertrag von Maastricht 1992 als zweite der drei Säulen der EU errichtet. Als eine intergouvernementale zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf Regierungsebene definiert die GASP einen Rahmen für die Kooperation der EU-Staaten in der Außen- und Sicherheitspolitik. Sie ist am 1.11.93 in Kraft getreten. Sie enthält alle Fragen, die Sicherheit der EU betreffen, „einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik“.³¹ Der zweite Bereich der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit ist der Bereich der Innen- und Rechtspolitik, dieser Bereich enthält die Kooperation zwischen den Zoll-Polizei- und Justizbehörden der Mitgliedstaaten.³² Dieser Bereich interessiert sich nicht für die

²⁷ Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schumann, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag.S32.

²⁸ Werner Weidenfeld: Europa Handbuch: Band 1 “Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche“. Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage 2004, Verlag: Bertelsmann Stiftung. Seite 97.

²⁹Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11,5300Bonn1, Seite83.

³⁰Website, Europa- Überblick über die Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union- Wirtschaft und Währung.htm.06 Oktober, 11^h30.

³¹ Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schumann, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9.Auflage, Carl Heymansverlag.S14.

³² Ebenda, S14.

Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens sondern die wesentliche Handlungsform ist die Koordinierung.

4. Die Wirtschaft der Europäischen Union

Die EU wurde in gerade einmal 50 Jahren zum zweitgrößten Wirtschaftsraum der Welt, ihre wichtigsten Ziele sind die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sowie die ständige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Heute hingegen bildet die EU im Wesentlichen einen einheitlichen Wirtschaftsraum. Für den freien Güterverkehr gibt es keine einzelstaatlichen Grenzen. Auch für Personen, Kapital und Dienstleister besteht in der EU eine Freizügigkeit, die vor 50 Jahren kaum vorstellbar war.³³ Seit der Gründung der EU waren: die Schaffung einer Zollunion, der Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion, die drei wichtigsten Ziele

Der erste Schritt auf dem Weg zu einer einheitlichen EU-Wirtschaft war die Schaffung einer Zollunion. Es war zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden (Benelux). Nach Nicol Schley ist die Zollunion dadurch entstanden, dass eine Gruppe von Staaten sich zum einheitlichen Zollgebiet zusammengeschlossen hat. Er hat auch gesagt, dass die Zölle zwischen den Mitgliedstaaten geschaffen wurden und die Einfuhren aus Drittländern in der Zollunion mit einheitlichen Zollsätzen belastet wurden.³⁴ Durch diese Zollunion wurden die Grundlagen für den freien Warenhandel geschaffen. Auch die Voraussetzungen für Importeure aus den anderen Regionen der Welt wurden verbessert. *Innerhalb der Grenzen der Zollunion, die 1968 vollendet wurde, gilt der Freihandel. Von Lappland bis Sizilien, von den atlantischen Inseln Portugals bis zu den östlichen Außengrenzen der EU müssen Unternehmen keine Zölle zahlen.*³⁵ Ab 1970 wuchs der Handel zwischen den Mitgliedstaaten sechsmal mehr als in den zwölf Jahre zuvor. Mit der anderen Welt hat sich der Handel verdreifacht. Das Ausmaß der Volkswirtschaften der EU-Länder verdoppelte sich und entwickelte sich rascher als die Wirtschaft der USA.

Der Binnenmarkt war ein großer Schritt auf dem Weg zum freien Dienstleistungshandel. Die Idee eines gemeinsamen Marktes begann mit den Römischen Verträgen und wurde im Jahre 1992 umgesetzt. Der Binnenmarkt ist ein Wirtschaftsraum, in dem der freie Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr gewährleistet sind, d.h. der Binnenmarkt bedeutet die freie Zirkulation der Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital ohne Kontrolle und ohne Binnengrenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Das war und ist noch das Hauptziel des EU-Binnenmarktes. So wurde der europäische Binnenmarkt am 31. Dezember 1992 geschaffen, um die wirtschaftlichen und handelspolitischen Schranken und Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten der EU abzubauen. Die wichtigste Auswirkung des Binnenmarktes ist, dass es in Europa größtenteils keine nationalen Märkte mehr gibt, sondern nur noch einen europäischen Markt. Es gibt eine größere Auswahl an Produkten und das ist ein Vorteil für den Verbraucher. Ein anderer Vorteil besteht darin, dass der größere

³³Europäische Kommission. Für mehr Wachstum. Die Wirtschaft der EU. Reihe *Europa in Bewegung*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. 2004 — 22 S. — 16,2 x 22,9 cm. ISBN 92-894-6141-1. Seite 3.

³⁴Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1, Seite 133.

³⁵Europäische Kommission. Für mehr Wachstum. Die Wirtschaft der EU. Reihe *Europa in Bewegung*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. 2004 — 22 S. — 16,2 x 22,9 cm. ISBN 92-894-6141-1. Seite 6.

Konkurrenzdruck die Firmen zwingt, ihre Produkte oder Dienstleistungen zu niedrigeren Preisen und/oder besserer Qualität anzubieten. Außerdem erleichtert der Binnenmarkt die Arbeitsplatz- und Wohnsitzsuche in den Ländern der Mitgliedstaaten. Durch die Abschaffung der Zollgrenzen im Inneren und den gemeinsamen Zolltarif nach außen stellt der europäische Binnenmarkt zugleich eine Zollunion dar; durch die Aufhebung der Binnengrenzen auch für Personen, Dienstleistungen und Kapital geht er jedoch deutlich über diese Stufe wirtschaftlicher Integration hinaus.

„Seit 1994 bestehende Freihandelszone zwischen der Europäischen Union (EU) und der European Free Trade Assoziation (EFTA) (ohne die Schweiz) mit dem Ziel, einen an EU-Recht angelehnten Wirtschaftsraum zu verwirklichen, ohne dass die EFTA- Staaten in die EU eintreten oder ihre Autonomie in der Handels und Zollpolitik gegenüber Drittstaaten aufgeben müssen. Der E. gilt mit einem Anteil von 40% am Welthandel als der größte gemeinsame Markt der Welt.“³⁶ Großbritannien, Schweden, Dänemark, Norwegen, der Schweiz, Österreich und Portugal haben im Jahre 1960 eine multilaterale Organisation gegründet, diese Organisation heißt die EFTA bzw. Europäische Freihandelsassoziation und ihr Sekretariat ist in Genf.³⁷ Das wichtigste Ziel der EFTA seit ihrer Gründung im Jahre 1960 war aber die Regelung der Beziehungen zwischen ihren Mitgliedstaaten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Deshalb traten die EFTA Staaten Großbritannien und Dänemark mit Irland der europäischen Gemeinschaften bei. So entstand eine enge Zusammenarbeit zwischen EFTA und EWG. Ein großer Schritt war der Abschluss des Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den EWG-Länder von 1972-1977. Im Jahre 1989 schlug die Kommission die Aufnahme formeller Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und der EFTA über die Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraums vor, denn die EFTA- Staaten und die Mitgliedsländer der Gemeinschaft waren für einander die wesentlichen Handelspartner darstellt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war „das Abkommen über den europäischen Wirtschaftsraum“. Dieses wurde am 2.5.1992 in Porto unterzeichnet. Dieses Abkommen sollte zeitgleich mit dem Binnenmarkt in Kraft treten. Die Schweiz lehnte durch eine Volksabstimmung am 6.12.1992 den Beitritt zum EWR ab, deshalb kam ein Zusatzprotokoll im Jahre 1993 zustand, das ein Inkrafttreten des EWR ohne die Schweiz am 1.1.1994 ermöglichte. Die EFTA- Staaten übernehmen mit dem EWR Abkommen in weiten Bereichen das geltende Gemeinschaftsrecht. Das EWR Abkommen ist einem speziellen institutionellen Rahmen zur Abstimmung der Politik und Gesetzgebung innerhalb der Gemeinschaft gefolgt. Angebot der politischen Anstöße für die Durchführung des Abkommens, die Festlegung der allgemeinen Leitlinien für den gemeinsamen EWR- Ausschuss, sind die Aufgabe des EWR-Rates. Die Mitglieder des Rates und der Kommission der EU sowie je ein Mitglied der Regierung eines jeden EFTA- Staates, stellen die Mitglieder des EWR- Rates. Der Vorsitz des EWR- Rates wechselt halbjährlich zwischen der Gemeinschaft und der EFTA. Sowie bei dem EWR- Ausschuss wechselt auch der Vorsitz zwischen der Gemeinschaft und der EFTA halbjährlich. Dieser EWR- Ausschuss trifft nach Dr. Gerhard Schumann insbesondere die Entscheidung über die Weiterung neuen Gemeinschaftsrechts auf den EWR. Diese

³⁶Karl- Dieter Gröske, Friedrich Schneider: Wörterbuch der Wirtschaft. Dreizehnte, völlig neu bearbeitete Auflage mit 80 Grafiken, Kröner Verlag Stuttgart 2003. Seite 151.

³⁷Karl- Dieter Gröske, Friedrich Schneider: Wörterbuch der Wirtschaft. Dreizehnte, völlig neu bearbeitete Auflage mit 80 Grafiken, Kröner Verlag Stuttgart 2003. Seite 154.

Entscheidungen werden in diesem Gremium einvernehmlich zwischen der Gemeinschaftsseite und der EFTA- Seite getroffen.³⁸

Grüske/Schneider definiert die WWU als *Prozess der Wirtschafts- und Währungspolitiken der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Einführung des Euro als gemeinsame Währung*.³⁹ Mit der Wirtschafts- und Währungsunion wurden die restlichen Hindernisse für grenzübergreifende Investitionen beseitigt. Sie führte zu einer gemeinsamen Währung (dem Euro) und einem abgestimmten wirtschaftspolitischen Konzept. Das Hauptziel der EG war seit Beginn eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, aber das Problem am Anfang war, dass die Mitgliedstaaten unterschiedliche Meinungen von Wirtschaftspolitik hatten. Manche Partner basierten auf Stabilität und andere setzten nur auf Wachstum, was zur Trennung führte. Wie die Presse und das Informationsamt der Bundesregierung geschrieben haben, lief die wirtschaftliche Entwicklung in der EG auseinander.⁴⁰ Aber das bedroht den gemeinsamen Markt, deshalb verabschiedeten sie ein gemeinsames Konjunkturprogramm und Programme für mittelfristige Wirtschaftspolitik.⁴¹ Die Idee der Wirtschafts- und Währungsunion kam im Dezember 1969 auf dem Gipfeltreffen in den Haag, wo die damaligen sechs Mitgliedstaaten die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion als einen Schritt auf dem Weg zur EU sahen. Der erste Schritt zur WWU, basierte auf der Grundlage des sogenannten „Werner Berichts“, der die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten vereinheitlichen sollte. Mittels dieses Plans sollte eine Wirtschafts- und Währungsunion entstehen. Es wurde ein europäisches Notenbanksystem, eine gemeinsame europäische Währung geplant, man wollte auch die wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen gemeinsam treffen. Die WWU sah auch vor, eine Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung in drei Stufen innerhalb von 10 Jahren umzusetzen. Aber das scheiterte an dem Misserfolg des internationalen Währungssystems von Bretton Woods. Nach Olaf Hillenbrand konnten die Wechselkurse der EG-Staaten von diesem Punkt an, gegenüber dem US-Dollar frei schwanken.⁴² Hier konnte nur eine Währungsschlange die Krisenzeiten überdauern. Dieses System wurde am 24 April 1971 eingeführt. Nach Nicol Schley soll die Währungsschlange die Wechselkurse der Mitgliedstaaten untereinander stabil und gegenüber dem US-Dollar flexibel halten.⁴³ Dann soll das Europäische Währungssystem (EWS), die erfolglose Währungsschlange ersetzen. Das Europäische Währungssystem (EWS) wurde errichtet, um die wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit zu verstärken und um Währungsstabilität zu leisten. Es trat am 13. März 1979 in Kraft. Das Hauptziel dieses Systems war eine gemeinsame europäische Wirtschafts- und Währungspolitik zu entwickeln. Im Juni 1988 kam der Europäische Rat von Hannover, um die Verwirklichung dieser Wirtschafts- und

³⁸Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schumann, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9. Auflage, Carl Heymansverlag. Seite 22.

³⁹Karl- Dieter Grüske, Friedrich Schneider: Wörterbuch der Wirtschaft. Dreizehnte, völlig neu bearbeitete Auflage mit 80 Grafiken, Kröner Verlag Stuttgart 2003. Seite 602.

⁴⁰Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1, Seite 101.

⁴¹Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1, Seite 101.

⁴²Werner Weidenfeld: Europa Handbuch: Band 1 “Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche“. Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage 2004, Verlag: Bertelsmann Stiftung. Seite 243.

⁴³Werner Weidenfeld: Europa Handbuch: Band 1 “Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche“. Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage 2004, Verlag: Bertelsmann Stiftung. Seite 430.

Währungsunion zu festigen. Er beauftragte eine Kommission unter dem Vorsitz von Jacques Delors, den damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, um die konkreten Etappen zur Verwirklichung dieser Union zu prüfen und vorzuschlagen.⁴⁴ Diese Kommission legte im April 1989 einen Bericht vor. Darin wurde geschlagen, die Wirtschafts- und Währungsunion in drei aufeinander aufbauenden Schritten zu vollenden.

Für den Binnenmarkt ist es sehr wichtig und wertvoll die Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten zu koordinieren und mit diesen zusammenzuarbeiten. Denn durch diese koordinierte Politik kann die Verbindung aus Marktdynamik, sozialem Zusammenhalt und Umweltverantwortung in der EU gestärkt werden. Ziel war es Wachstum und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bildet den Rahmen für die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit. Alle EU-Länder, die Mitglieder der WWU sind, sollen sozial- und wirtschaftspolitische Leitlinien befolgen, die zu mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätzen und einem höheren sozialen Standard für alle führen sollen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist das Instrument, mit dem die Wirtschaftspolitik der EU-Länder weitgehend synchronisiert wird. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt bedeutet, dass die EU-Mitgliedstaaten nicht mehr ausgeben dürfen, als sie einnehmen. Durch diese Methode können sie den Aufbau von Schulden vermeiden, was in der Vergangenheit dazu geführt hat, dass Regierungen entweder Steuern erhöhen mussten oder kein Geld für ihre Bürger und für Investitionen hatte. Falls sich die Steuereinnahmen reduzieren und sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt, weil es etwa den Unternehmen schlechter geht, die Verbraucher weniger ausgeben und der Staat mehr Geld für Arbeitslosenunterstützung bezahlen muss. Unter diesen Faktoren könnte eine zusätzliche Schuldenaufnahme gerechtfertigt sein. Wenn die Haushalte jedoch grundsätzlich gesund sind, dürften die Regierungen über genug Reserven verfügen, um ihre Defizite unter der Marke von 3 % des BIP zu halten. Der Pakt ist keine Zwangsjacke und Hindernis. Regierungen dürfen die 3 %-Grenze bei außergewöhnlichen Umständen überschreiten. Der Wirtschaft kann es schlecht gehen, ohne dass die Regierung daran schuld ist. Unvorhergesehene Ereignisse können die Weltwirtschaft erschüttern und bewegen, beispielsweise die terroristischen Anschläge in den Vereinigten Staaten am 11. September 2001 oder die Ölpreissteigerungen vor dem Irak-Krieg im Jahr 2003. Verstößt ein Mitgliedstaat ohne hinreichenden Grund gegen die Vorschriften des Paktes, wird er aufgefordert, unverzüglich gegenzusteuern. Ansonsten können ihm die Europäische Union und die anderen EU Länder Korrekturmaßnahmen auferlegen. Reicht dies nicht aus, um den Haushalt wieder unter Kontrolle zu bekommen, könnte dieser Mitgliedstaat veranlasst werden, Geld zinsfrei bei der Kommission zu hinterlegen. Gelingt es dem Mitgliedstaat immer noch nicht, seinen Haushalt in Ordnung zu bringen, könnte das Geld eingezogen werden. Dies wäre gerechtfertigt, weil ein übermäßiges Defizit in einem EU-Staat negative Auswirkungen auf die anderen haben kann.⁴⁵

5. Die Liste der EU-Mitgliedstaaten

Seit 1957, dem Jahr der Gründung der EGKS, jene waren zuerst sechs und jetzt sind es 27. Diese Erweiterung wurde durch schrittweise realisiert. Am 25. März unterzeichneten sechs europäische Staaten den Vertrag von Rom, den Gründungsvertrag der EGKS. Diese sechs Gründerstaaten

⁴⁴Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schumann, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9. Auflage, Carl Heymansverlag. Seite 9.

⁴⁵<http://www.europa.eu>

waren: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Sie vereinten sich, um Krieg zu vermeiden und um die Wirtschaft des Kontinents weiter zu entwickeln.⁴⁶ Danach folgte die erste Integration oder wie man sagt: Die erste Erweiterung der EG 1973. Bei der sogenannten Norderweiterung 1973 traten Dänemark, die Republik Irland und das Vereinigte Königreich der EG bei. Norwegen hatte auch die Mitgliedschaft beantragt, konnte aber wegen eines ablehnenden Votums der Bevölkerung nicht beitreten. Das norwegische Volk hatte bedenken, dass sie Errungenschaften, des Wohlfahrtsstaates verlieren würden. Bei der zweiten Erweiterung oder Süderweiterung 1981 wurde Griechenland das zehnte Mitglied der EG. Dann folgten Portugal und Spanien als 11. und 12. Mitglied im Jahre 1986 bei der dritten Erweiterung (Süderweiterung). Am 3. Oktober 1990 vergrößert sich das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland um das Gebiet der DDR durch die Wiedervereinigung Deutschlands. Mit nunmehr rund 80 Millionen Menschen war Deutschland der bei weitem größte EG- Mitgliedstaat. Im Jahre 1995 traten Österreich, Schweden und Finnland der EG bei. Am 1. Mai 2004 traten die Staaten, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern der EU bei. Und dann am 1. Januar 2007 wurden einem EU-Beschluss unter strikten Auflagen auch Bulgarien und Rumänien in die Europäische Union aufgenommen. Diese notwendigen Etappen und Ausdehnungen der Europäischen Union und natürlich der Aufschwung in den Bereichen der Wirtschaft, geben den anderen Europäischen Ländern die Gelegenheit ihre Plätze in Europa zurückzunehmen. Die EU erlaubt eine wachsende und stärkende wirtschaftliche Interdependenz zwischen den europäischen Staaten zu entwickeln, deshalb integrierten vielen europäischen Länder in der EU wie Österreich.

Literaturverzeichnis:

1. Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, Österreich Konkret Zahlen & Fakten, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2005.
2. Das politische System der EU, von Univ.- Prof. Dr. Ingeborg Tömmel. 2., völlig überarbeitete Auflage. 2006, R. Oldenbourg Verlag München Wien.
3. Europa 9. Auflage Juni 1986, Herausgeber: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1.
4. Europa Handbuch 2005/2006, Dr. Gerhard Schumann, Hitzler Martina Ostarek, emperica Delasasse GmbH, 9. Auflage, Carl Heymansverlag.
5. Europäische Kommission. Für mehr Wachstum. Die Wirtschaft der EU. Reihe Europa in Bewegung. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. 2004
6. Karl- Dieter Gröske, Friedrich Schneider: Wörterbuch der Wirtschaft. Dreizehnte, völlig neu bearbeitete Auflage mit 80 Grafiken, Kröner Verlag Stuttgart 2003.
7. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO. Auswirkungen der EU- Erweiterung auf die Wirtschaft Österreichs, Wilfried Pulwein (Koordination). Februar 2002. Verlags- und Herstellungsort: Wien.
8. Schülerduden, Politik und Gesellschaft. 5., neue bearbeitete Auflage. Herausgegeben und bearbeitet von der Redaktion Schule und Lernen. In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Hans Boldt, Prof. Dr. Hede Prehl, Prof. Dr. DC. Umbach. Dudenverlag: Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich.
9. Union Européenne [UE]. "Microsoft® Encarta® 2007 [DVD]. Microsoft Corporation, 2006.
10. Werner Weidenfeld: Europa Handbuch: Band 1 "Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche". Dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage 2004, Verlag; Bertelsmann Stiftung.

⁴⁶ <http://www.referate10.com/referate/Wirtschaft/2/Wirtschaft-projekt-Europa---Europaischen-Union-reon.php>

Internetquellen:

http://de.wikipedia.org/wiki/Einheitliche_Europ%C3%A4ische_Akte 15.12.2011. 13^h:19.

http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches_Parlament

http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Amsterdam

http://europa.eu/abc/treaties/index_de.htm

<http://www.eufis.de/eu-glossar.html?title=Amsterdamer%20Vertrag>

<http://www.europa.eu>

<http://www.referate10.com/referate/Wirtschaft/2/Wirtschaft-projekt-Europa---Europaischen-Union-reon.php>

Website, Europa- Überblick über die Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union- Wirtschaft und Währung.htm.06 Oktober, 11^h30.